

DSTG *magazin*

Gewerkschaftsorgan der
Deutschen Steuer-Gewerkschaft
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung
Januar/Februar 2006 · 55. Jahrgang

1/2



Mit dem neuen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble bot sich DSTG-Chef Dieter Ondracek die Gelegenheit für ein Gespräch am Rande der Gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung in Köln.

Staat muss Einnahmeseite stärken

Beeindruckende Protestaktion beim
CDU-Neujahrsempfang

Kinderbetreuung, Haushaltshilfe und
Renovierung werden steuerlich begünstigt

> Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



die große Koalition ist wild entschlossen, bei der Arbeitszeit und der Besoldung für Beamte dem schlechten Beispiel der Länder zu folgen. Das Weihnachtsgeld soll halbiert werden und die Arbeitszeit auf 41 Stunden angehoben werden. Gesetzliche Zusagen von gestern werden einfach unter den Teppich gekehrt. Nach der Methode „Was interessiert mich mein Gerede von gestern“ will man das Jahresgehalt mindern und die Arbeitszeit für Beamte erhöhen. Wenn gestern noch die Rede davon war, die Haushaltsersparnisse aus der Arbeitszeitverlängerung für den Aufbau eines Versorgungsfonds zu verwenden, heißt es heute, wir brauchen diese Einsparungen zur Haushaltssanierung.

Schlichtweg wird ignoriert, dass das Weihnachtsgeld nie Almosen oder ein Geschenk war, sondern fester Gehaltsbestandteil, der in vielen Lohn- und Gehaltsrunden unter Verrechnung mit Lohnprozenten aufgebaut wurde. Wer das Weihnachtsgeld kürzt oder streicht, vermindert das Jahresgehalt. Das kann man nicht schön reden.

Auch die Arbeitszeitverkürzung früherer Jahre wurde den betroffenen Beamten nicht geschenkt, sondern mit einer geringeren Gehaltserhöhung verrechnet. Wer heute verniedlichend sagt, ein bisschen mehr Arbeit schadet nicht und kann verkraftet werden, vertuscht oder lenkt ab, dass die Arbeitszeitverkürzung seinerzeit von den Beamten selbst bezahlt wurde. Aber auch hier gilt: „Was interessiert mich mein Gerede von gestern.“

Was interessiert die Fürsorgepflicht, die gesetzlich festgeschrieben ist, was interessiert die Motivation? Wie sagt die Kanzlerin so schön: „Wir müssen alle mehr arbeiten.“ Als ob dies das Problem wäre. Alle, die Arbeit haben, arbeiten bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit, auch im öffentlichen Dienst und gerade in der Steuer- und Finanzverwaltung. Dafür haben fünf Millionen Menschen keine Arbeit. Arbeitszeitverlängerung, die man den Beamten verordnet, löst dieses Problem jedenfalls nicht.

Wenn die Bundesregierung darauf verweist, dass die von ihr beabsichtigten Verschlechterungen in den Ländern teilweise schon vollzogen sind, bringt sie kein überzeugendes Argument auf den Tisch. Wenn man die Fehler, die andere machen nachmacht, wird falsche Politik nicht plötzlich richtig. Mit diesen Maßnahmen wird ganz gezielt das Gehalt der treuen Beschäftigten gekürzt. Dies hebt die Arbeitsfreude nicht und stört das Vertrauensverhältnis massiv. Die DSTG kämpft gegen diese falsche Richtung in den Ländern und auch im Bund.

Nach der Null- bzw. Minusrunde im Jahr 2005 muss im Jahr 2006 die Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung gesichert werden. Daran wird die DSTG arbeiten. Es gibt viel zu tun!

Mit kollegialen Grüßen

*Jhr
Dieter Ondracek*

> Impressum

Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 00, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, **Internet:** www.dstg-verlag.de, **E-Mail:** dstg-bund@t-online.de. **Verantwortlich:** Dieter Ondracek, Rafael Zender. **Verlag:** Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 50, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, **E-Mail:** stgv@dstg-verlag.de. **Fotos:** M. Darching, DSTG-Archiv, Fiegel. **Anzeigenverwaltung DSTG magazin:** Steuer-Gewerkschaftsverlag, Elke Schmidt, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 50, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, **E-Mail:** stgv@dstg-verlag.de. **Anzeigenpreisliste** Nr. 24 gültig ab 1. Oktober 2005. Nachdruck honorarfrei gestattet. **Gestaltung:** Marian Neugebauer. **Bezugsbedingungen:** Das DSTG magazin erscheint zehnmal jährlich. Der Bezugspreis ist durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Dem DSTG magazin regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen in jedem Fall nur die Meinung des Verfassers dar.

Herausgeber der dbb seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169/170, 10117 Berlin, (0 30) 40 81-40, Telefax (0 30) 40 81-55 98. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Chefredaktion:** Dr. Walter Schmitz; **Redaktion:** Christine Bonath, Jan Brenner; **Redaktionssekretärin:** Sabrina Bruns. **Redaktionsschluss** am 10. jeden Monats. Namensbeiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. **Gestaltung:** Marian Neugebauer. **Fotos:** dpa, Fiegel, MEV. **Verlag:** dbb Verlag GmbH. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 7 26 19 17-0, Postbank: Köln 2017 04-503. **Versandort:** Düsseldorf. **Herstellung und Anzeigen:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Internet www.vva.de, E-Mail info@vva.de. **Anzeigenleitung:** Michael Stumpf. **Anzeigenverkauf:** Panagiotis Chrissovergis, Tel. (02 01) 8 71 26-9 45, **Anzeigenposition:** Britta Urbanski, Telefon (02 11) 73 57-5 63, Telefax (02 11) 73 57-5 07. **Anzeigentarif** Nr. 47 (dbb magazin), gültig ab 1. 10. 20005. **Druckauflage** dbb magazin: 739.217 Exemplare (JVV 2/2005). **Vertrieb:** Heike Lohe, Tel. (02 11) 73 57-8 54, Telefax (02 11) 73 57-8 91. **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinung. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. **ISSN 0178-207X**

> DSTG

> Staat muss Einnahmeseite stärken 4



> Beeindruckende Protestaktion beim CDU-Neujahrsempfang 5

> DSTG setzt sich bei Personalratswahlen durch 5

> Kinderbetreuung, Haushaltshilfe und Renovierung werden steuerlich begünstigt 6

> Gewerkschaftspolitische Arbeitstagung in Köln 8

> Ondracek mahnt Belebung des privaten Konsums an 10–11

> Fusion von Finanzämtern in Thüringen von zweifelhaftem Wert 12

> Planspiele beweisen: System gegen Umsatzsteuerbetrug ändern 12–13

> Bei Steuerberatungskosten Prüfungsaufwand vermeiden 15

> Tauschcke 16

> dbb

> dbb Protestaktionen im Advent 18

> Strafvollzug: Staat in der Pflicht 18

> Krankenversicherung: Mehr Tarife-Vielfalt 19

> Demo der dbb tarifunion in München: Heißer Tarifwinter 20

> Kissingen – Bad Köln – Köln 22–23

> Kranke(n) Kassen: Abschied von Illusionen 24

> Familienförderung 26–27

> Senioren-Unfallversicherung 88

> Best practice – Die dbb jugend schätzt und pflegt internationales Networking 30–31

> Deutsche Finanzagentur Frankfurt: Banker im Bundesdienst 32–33

> Mitbestimmung 38

> 47. Gewerkschaftspolitische Arbeitstagung des dbb in Köln: Staat – Wie viel? Wofür? Warum? 40–42

> Europa 43

> Interview mit Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und Präsident des Bundesrates 46–47



Staat muss Einnahmeseite stärken

Unter dem Motto „Ohne Steuern ist kein Staat zu machen!“ fand am 2. Dezember 2005 im Potsdamer Kongresshotel „Am Templiner See“ der 4. Landesverbandstag der DSTG Brandenburg statt. Die Einladung der alle fünf Jahre stattfindenden Veranstaltung fand große Resonanz. Die Arbeitstagung begann mit der Vorlage des Geschäfts- und Kassenberichts sowie der Wahl der Versammlungsleitung, die Peter Anders, Michael Hädicke und Jens-Dieter Müller übernahmen. Im Mittelpunkt des Vormittags standen die Wahlen zur Landesleitung. Der bisherige Vorsitzende, Hans-Holger Büchler, der sich der Wiederwahl stellte, wurde durch die Delegierten einstimmig in seinem Amt bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wurden Silke Steudte, Franca Zerm, Heinz-Egon Müller, Jens-Dieter Müller und Arnim Bandur gewählt. Bei der anschließenden

den Wahl der Beisitzer und Mitglieder des Landesvorstandes fanden Christin Böttcher, Michael Hädicke, Werner Wegner, Rex Schiller und Heinz Schollbach das Vertrauen der Delegierten.

Der Vorsitzende verabschiedete die bisherige stellvertretende Landesvorsitzende Barbara Reinboth, die Beisitzerin Sabine Braun, die beide auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatten, sowie den bisherigen stellvertretenden Landesvorsitzenden Klaus-Ulrich Kühne.

Die Arbeit des Landesverbandes für die kommenden Jahre wurde durch die Verabschiedung von Anträgen und einer Entschließung festgelegt.

An der öffentlichen Podiumsdiskussion am Nachmittag erschienen viele Ehrengäste. Hans-Holger Büchler begrüßte als Vertreter des Landtages den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD,



Die neue Landesleitung des Landesverbandes Brandenburg (v. l.): Jens-Dieter Müller, Arnim Bandur, Heinz-Egon Müller, Franca Zerm, Silke Steudte und Hans-Holger Büchler.

Mike Bischoff, die parlamentarische Geschäftsführerin der CDU-Fraktion, Saskia Funk, die Fraktionsvorsitzende der Fraktion Die Linke.PDS, Kerstin Kaiser, sowie die Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses, Kerstin Osten (PDS). Als weitere Gäste konnte er die Rechnungshofpräsidentin, Gisela von der Aue, den Präsidenten der Steuerberaterkammer, Meier, den DSTG-Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek, den DSTG-Ehrenvorsitzenden Herrmann Fredersdorf, den früheren dbb Bundesvorsitzenden und Ehrenmitglied des DSTG-Landesverbandes, Erhard Geyer, sowie weitere Prominente aus Politik, Verwaltung, der DSTG-Bundesleitung und des DSTG-Bundesvorstandes begrüßen.

Unter Leitung des stellvertretenden Landesvorsitzenden Heinz-Egon Müller fand die

Podiumsdiskussion statt, an der sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Mike Bischoff, die parlamentarische Geschäftsführerin der CDU, Saskia Funk, die Fraktionsvorsitzende der Fraktion Die Linke.PDS, Kerstin Kaiser, sowie der DSTG-Bundesvorsitzende beteiligten. Finanzminister Rainer Speer, der seinen kommen zugesagt hatte, ließ sich kurz vor Veranstaltungsbeginn entschuldigen.

Schwerpunkt der Diskussion bildete die Aufforderung an die Politik, neben Bestrebungen zur Ausgabenkontrolle stärker auch den Blick auf die Einnahmeseite zu lenken. Dazu bedarf es einer leistungsfähigen, motivierten und gut ausgestatteten Steuerverwaltung. In diesem Zusammenhang sprachen sich auch mehrere Diskussionsteilnehmer für eine Bundessteuerverwaltung aus. ■



Einigkeit bestand bei den Diskussionsteilnehmern, dass neben Bestrebungen zur Ausgabenkontrolle der Focus stärker auf die Einnahmeseite gelenkt werden muss, was die Notwendigkeit einer leistungsfähigen, motivierten und gut ausgestatteten Steuerverwaltung mit sich bringt.

Beeindruckende Protestaktion beim CDU-Neujahrsempfang



> Auch die stellvertretenden DSTG-Bundesvorsitzenden Helmut Overbeck, Manfred Lehmann, der Vorsitzende des BV Westfalen-Lippe, Meinolf Guntermann sowie der DSTG-Landesvorsitzende NRW, Hans-Werner Kaldenhoff waren vor Ort.

„Wir pfeifen auf diese Politik“ war das Motto der ersten größeren Protestaktion gegen die geplanten Kürzungspläne der nordrhein-westfälischen Landesregierung am 14. Januar 2006 in Düsseldorf. Neben der DSTG beteiligte sich auch die Deutsche Polizeige-

werkschaft (DPOIG) an der Protestaktion. Von den rund zwei tausend Demonstranten stellte die DSTG ca. zwei Drittel der Teilnehmer.

Mehrere hundert Gäste hatte die CDU NRW zu ihrem traditionellen Neujahrsempfang



> Ministerpräsident Rüttgers im Gespräch mit Teilnehmern an der Protestaktion

geladen. Alle Gäste mussten das 200m lange Spalier aus wütenden Kolleginnen und Kollegen passieren. Ministerpräsident Rüttgers wurde mit minutenlangen „Lügner, Lügner“-Sprechchören begleitet. Er hatte sich 2003 und im Landtagswahlkampf 2005 ge-

gen Kürzungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst ausgesprochen. Die Medien berichteten ausführlich.

Aus Sicht der DSTG soll dies nur der Anfang gewesen sein. Weitere Aktionen werden folgen. ■

DSTG setzt sich bei Personalratswahlen durch

Nach Anfechtung der Wahlen zum Hauptpersonalrat in Mecklenburg-Vorpommern führte auch die Neuansetzung für die DSTG zu einem großen Erfolg. Vier der sechs Beamtensitze errangen DSTG-Kandidaten. Auch wenn die DSTG nur 5 von 11 Sitzen erhielt, zeigte sich doch, dass die DSTG-Linie unumstritten ist. So wurde mit 11 zu 0 Stimmen das DSTG-Mitglied Kerstin Patzwall zur HPR-Vorsitzenden gewählt.

> Großer Erfolg bei den HPR- und BPR-Wahlen in Baden-Württemberg

Bei den Personalratswahlen am 29. November 2005 zum HPR

beim Finanzministerium Baden-Württemberg und zum BPR (Land) bei der OFD Karlsruhe ist die DSTG durch ein tolles Wahlergebnis voll in ihrer bisherigen Arbeit bestätigt worden.

Im Vorfeld waren der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek und der stellvertretende Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler und die DSTG-Spitzenkandidaten für die Personalratswahlen „on Tour“. Ondracek, Eigenthaler sowie die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten absolvierten insgesamt 6 DSTG-Informationsveranstaltungen in

Freiburg, Bruchsal, Heilbronn, Schwäbisch-Gmünd und Esslingen/Stuttgart, referierten über die Bedeutung der Perso-

nalratswahlen und die Arbeit der DSTG in Bund und Land und warben für eine hohe Wahlbeteiligung.

Das Wahlergebnis:

Wahl HPR beim Finanzministerium Ba-Wü

	Mandate	Sitze DSTG
Beamten	7	6
Angestellte	2	1
Arbeiter	2	0

Wahl BPR Land bei der OFD

	Mandate	Sitze DSTG
Beamten	7	6
Angestellte	2	2
Arbeiter	2	2

Kinderbetreuung, Haushaltshilfe und Renovierung werden steuerlich begünstigt

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung vorgelegt. Das Gesetz enthält im Sinne des steuerpolitischen Gesamtkonzepts vor allem Regelungen, von denen sich die Bundesregierung positive Impulse für mehr Investitionen und Beschäftigung verspricht. Zur Stärkung der Wachstumskräfte in konjunkturschwachen Zeiten sei eine gezielte Wiederbelebung der Investitionstätigkeit und der steuerlichen Gewährung von Liquiditätsvorteilen für kleine und mittelständische Unternehmen erforderlich. Zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung sei darüber hinaus der private Haushalt ein Feld für neue Arbeitsplätze, die steuerlich gefördert werden sollen. Zugleich werde durch die Möglichkeit der steuerlichen Berücksichtigung erwerbsbedingter Kinderbetreuungskosten für Betriebsausgaben oder Werbungskosten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, begründet die Bundesregierung den Gesetzentwurf. Im Einzelnen enthält das Gesetz folgende Maßnahmen, die möglicherweise noch modifiziert werden:

- Zur besseren Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Beruf können erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten für Kinder bis 6 Jahre zu einem Betrag von 4.000 € je Kind, soweit die Aufwendungen 1.000 € je Kind übersteigen, wie Betriebsausgaben oder Werbungskosten berücksichtigt werden. Für Kinder zwischen 7 und 14 Jahren können ab dem ersten € erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten bis zu einem Betrag von 4.000 € wie Betriebsaus-

gaben oder Werbungskosten abgezogen werden.

- Um die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Binnenschiff-Flotte im europäischen Vergleich zu gewährleisten, ist eine Verjüngung der deutschen Binnenschiff-Flotte unumgänglich. Hierzu wird § 6 EStG erweitert, so dass die bei der Veräußerung eines Binnenschiffes aufgedeckten stillen Reserven auf erworbene Binnenschiffe übertragen werden können.



- Verbesserung der Abschreibungsbedingungen durch eine befristete Anhebung der degressiven AfA für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens auf höchstens 30 %. Damit setzt die Bundesregierung schnell wirksame Anreize für eine Verstärkung der Investitionstätigkeit.

- Ausdehnung der Ermäßigung der tariflichen Einkommensteuer auf Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen sowie Betreuungsleistungen

für eine pflegebedürftige Person zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung, wovon nicht nur Familien, sondern auch Handwerk und Dienstleister in besonderem Maße profitieren.

- Zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen wird die Umsatzgrenze bei der Besteuerung nach vereinnahmten Entgelten (Ist-Versteuerung) in den alten Bundesländern von 125.000 auf 250.000 € angehoben. Die

Maßnahme wird ergänzt um eine Verlängerung der derzeitigen Regelung zur Ist-Versteuerung für die neuen Bundesländer über das Jahr 2006 hinaus bis Ende 2009.

Zu dem Gesetzentwurf, der die vorgenannten Ziele umsetzen soll, wird die DSTG im Einzelnen noch Stellung nehmen. Klar und deutlich wird, dass unter Missachtung der Ankündigung, Subventionen und steuerliche Förderungsmaßnahmen abzubauen, mit dem Ge-

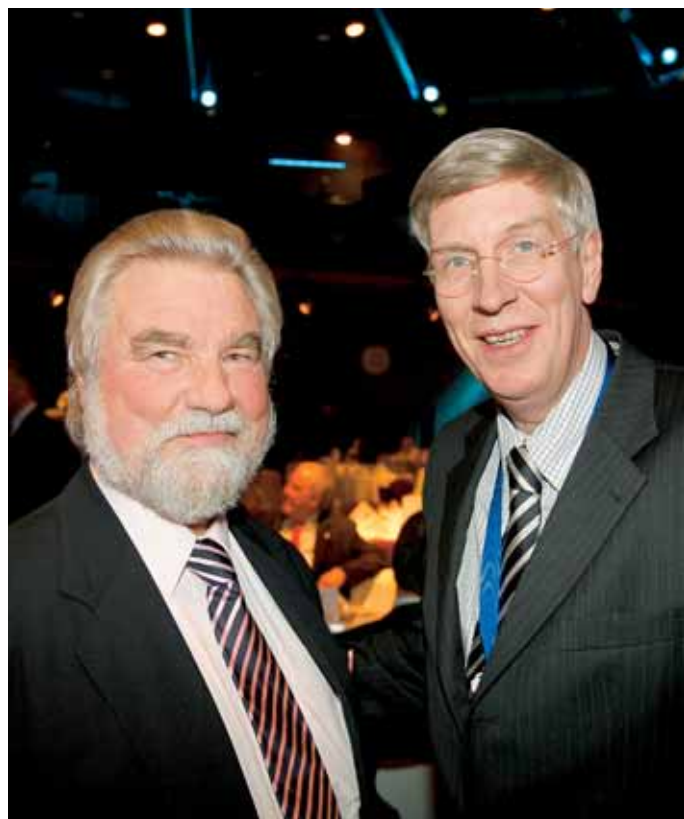
setzentwurf das Gegenteil getan wird. Auf die Finanzämter kommt nicht weniger sondern eher mehr Arbeit zu. Die derzeit laufende Diskussion vor allen Dingen um die steuerliche Förderung der Familien zeigt, dass die Wünsche und Begehrlichkeiten noch groß sind. Als Folge dieser politischen Diskussion entsteht hier die Gefahr, dass über den systematisch notwendigen Abzug von Kinderbetreuungskosten als Werbungskosten hinaus verschiedene familienpolitische Fördermaßnahmen in das Einkommensteuergesetz eingeführt werden. Die DSTG sieht es als konsequent und zwingend an, dass Kinderbetreuungskosten, die aufgewendet werden müssen, um einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können, als Werbungskosten voll abgezogen werden können müssen. Dies wird in jedem Fall dann der Fall sein, wenn beide Ehegatten Erwerbseinkommen beziehen oder wenn Alleinerziehende alleine für den Unterhalt der Familie sorgen müssen. Andere diskutierte Maßnahmen sind familienpolitisch bedingte Subventionen, die zusätzlich finanziert werden müssten. Die Abschaffung des Ehegattensplittings oder die Abschaffung von Kinderfreibeträgen bzw. Kindergeld zur Gegenfinanzierung von Erziehungsgeldern verbietet sich nach Ansicht der DSTG aus verfassungsrechtlichen Gründen. Auch hier wird die DSTG darauf achten, dass aus der Diskussion nicht wieder Kompromissvorschläge hervorgerufen, die der Steuerverwaltung Mehrarbeit bescheren oder verfassungsrechtliche Zweifel auslösen, die in der Konsequenz wieder zu Masseneinsparungen oder offenen Bescheiden führen. ■

Gewerkschaftspolitische Arbeitstagung in Köln

Die gewerkschaftspolitische Arbeitstagung des dbb (s. Bericht im dbb Teil, Seiten 22, 23 und 40 ff.) bietet ausgesprochen gute Möglichkeiten, mit Politikern unterschiedlicher Couleur einen informellen Meinungsaustausch zu pflegen.



> Dieter Ondracek im Gespräch mit dem schleswig-holsteinischen Innenminister Dr. Ralf Stegner (vormals Finanzminister in Schleswig-Holstein).



> Mit dem neuen nordrhein-westfälischen Innenminister Dr. Ingo Wolf war ebenfalls ein kurzer Meinungsaustausch möglich.



> Gespräch mit Guido Westerwelle unter Beteiligung von dbb-Vize Heinz Ossenkamp.



> Die langjährige Verbundenheit mit dem innenpolitischen Sprecher der FDP-Fraktion, Max Stadler, konnte vertieft werden.

Ondracek mahnt Belebung des privaten Konsums an

Der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek nahm für den dbb den Anhörungstermin im Bundeswirtschaftsministerium zum Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung wahr. In dem Gespräch, das vom Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Dr. Bernd Pfaffenbach geleitet wurde, war das Finanzministerium durch Staatssekretär Gatzner und das Arbeitsministerium durch einen leitenden Beamten vertreten. Von Seiten des Bundeswirtschaftsministeriums waren die Abteilungsleiter mit in der Gesprächsrunde. Für den dbb nahmen neben dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek Mitarbeiter der Abteilung Soziales, Wirtschaft und Besoldung teil. Staatssekretär Dr. Pfaffenbach erläuterte zunächst die Zahlen und Fakten und die Wirtschaftsdaten, die der Bundesregierung als Grundlage für den Jahreswirtschaftsbericht dienen. Für den dbb vertrat Ondracek die Meinung, dass nach einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 0,9 % im abgelaufenen Jahr für das Jahr 2006 ein Wachstum von 1,5–1,7 % realistisch sei. Gute Daten werden getragen von dem weiter ansteigenden Export. Ein Problem sehe der dbb nach wie vor in der Schwäche des Binnenmarkts und der hohen Arbeitslosenzahl. Nach Ansicht des dbb muss die Bundesregierung ein besonderes Augenmerk auf die Belebung des privaten Konsums legen. Die angekündigte Mehrwertsteuererhöhung ab 2007 wirkte zwar für das Jahr 2006 als Konsumspritze. Damit würden im Wesentlichen Vorzieh-



➤ DSTG-Chef Dieter Ondracek im Gespräch mit den Staatssekretären Dr. Bernd Pfaffenbach (links) und Werner Gatzner (2. von rechts) zur Vorbereitung des Jahreswirtschaftsberichts 2006.

effekte ausgelöst, die dann im Jahr 2007 fehlen werden. Wichtig sei aber in jedem Fall, dass die Kaufkraft der Arbeitnehmer spürbar verbessert wird. Auch für die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes und die Dienstherrn der Beamten muss klar sein, dass die Beschäftigten nur dann mehr konsumieren können, wenn sie auch das nötige Geld in der Tasche haben. Dabei gilt festzustellen, dass im Jahr 2005 für den öffentlichen Dienst eine Gehaltserhöhung ausfiel. Durch die in den Ländern vollzogene, vom Bund angekündigte Kürzung des Weihnachtsgeldes sinke das Einkommen weiter. Durch diese Maßnahmen werde der Konsum nicht gestärkt, sondern geschwächt. Kaufkraft wird auch entzogen, wenn die Fahrtkosten zur Ar-

beit nur noch eingeschränkt abgezogen werden können. Den betroffenen Personen, die Aufwendungen für Fahrten haben und keine Steuererstattung dafür bekommen, fehle in diesem Umfang die Kaufkraft. Die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung zum Anreiz von Investitionen und Wachstum sehe der dbb teilweise positiv. Wenn die Kosten für Kinderbetreuung als Werbungskosten abgezogen werden können und dadurch weniger Steuern bezahlt werden müssen, stehen die entsprechenden Beträge für den Konsum zur Verfügung. Auch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gebe Müttern oder Vätern, die sich bisher der Kinderbetreuung widmen, die Möglichkeit einer Beschäftigung nachzuge-

hen. Dies stärke die Kaufkraft von Familien.

Weiter führte der DSTG-Vorsitzende aus, dass der Abbau der Haushaltsdefizite ein wichtiges wirtschaftspolitisches Sig-

Beamtendarlehen Festzins ab 5,45% (Ges. Laufzeit)

Für alle Beamten a.L. über Lebensversicherung von 5.000,- € bis 100.000,- €. Auszahlung ab 100%. Zins fest für gesamte Laufzeit: 12-20 Jahre.
effekt. Jahreszins ab 6,53%
Bsp.: 30jähr. Beamter a.L. Laufz. 20 J. Zins 6,35%, 96%, Ausz. Effi. 6,97%
€ 20.000,- mtl. Zins + LV € 179,40
€ 90.000,- mtl. Zins + LV € 799,60

• Verwendung der Überschuss- und Gewinnanteile auch zur Laufzeitverkürzung möglich.

Sonderkredit zum Ausgleich Ihres Girokontos bis € 10.000,- mtl. € 119,96, Laufzeit: 120 Monate effektiver Jahreszins: 6,89%

• Sonderkonditionen auch an Arbeiter u. Angestellte des ö. D.
• günstige Hypotheken-Darlehen
Persönliches Angebot und Hotline
☎ 044 08/93 82-0

Schirmer & Partner
OHG Darlehensvermittlung
27798 Hude · Lupinenweg 5
Fax: 044 08/93 82-10

nal sei. Die Haushaltskonsolidierung sei aber nicht über Ausgabenkürzungen allein zu betreiben. Es müssten vielmehr auch alle Anstrengungen unternommen werden, die Steuerquellen auszuschöpfen. Dabei fordern dbb und DSTG keine Steuererhöhung, sondern nur mehr Anstrengungen, um die bisherigen gesetzlichen Vorschriften umzusetzen und dadurch Steuerverkürzungen spürbar zu verhindern.

Scharf kritisierte Ondracek die Ankündigung der Regierung, im Bereich des öffentlichen Dienstes eine Mrd. € einsparen zu wollen. Wenn die Bundesregierung 1 Mrd. € an Personalkosten einsparen wolle, bedeute dies einen massiven Kaufkraftverlust bei den Beschäftigten im öffentlichen

Dienst. Dieses Geld, das nicht an Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes gezahlt wird, fehle im Konsum und ist somit für das Wirtschaftswachstum schädlich. Die Bundesregierung sei aufgefordert, diese Vorhaben auch aus konjunkturpolitischen Gründen zu überdenken.

Der vielfach von interessierter Seite geforderte Rückzug des Staates aus Regelungskompetenzen und die Beschränkung auf seine Kernaufgaben bedeuten nach Ansicht des dbb keinen schlanken Staat. Der Staat würde vielmehr zu einem mageren Staat degenerieren, was für den Durchschnittsbürger erhebliche Negativfolgen hätte.

Auf den Vortrag des DSTG-Vorsitzenden antwortete Staatssekretär Dr. Pfaffenbach und

räumte ein, dass die Mehrwertsteuererhöhung zu Vorzieheffekten bei Anschaffungen im Jahr 2006 führen könne. Mit dem Wachstums- und Investitionspaket hoffe die Regierung aber die Binnenkonjunktur nachhaltig anzukurbeln, sodass sich die positive Wirkung auch 2007 und in den folgenden Jahren fortsetze. Für 2006 erwarte er eine Senkung der Arbeitslosenzahlen um 350.000 Personen.

Staatssekretär Gatzler vom Bundesfinanzministerium erläuterte die finanzpolitische Lage und erklärte, dass Konsolidierungsmaßnahmen unausweichlich seien. Die Nettokreditaufnahme in 2006 sei nicht ganz so hoch, wie geplant, aber mit 31 Mrd. € immer noch viel zu hoch. Auch wenn der

dbb die Einsparungen im öffentlichen Dienst kritisch sehe, gebe es nach Ansicht der Bundesregierung keine Alternative, dass im Bereich des öffentlichen Dienstes 1 Mrd. € eingespart werden müsse.

Ondracek stellte klar, dass ein Personalabbau zwangsläufig dazu führe, dass bestimmte Aufgaben nicht mehr wahrgenommen werden können. Die Bürgerinnen und Bürger fordern aber Sicherheit und Garantien des Staates. Die jüngsten Ereignisse machen deutlich, dass mehr Lebensmittelkontrolle gefordert wird, dass öffentliche Gebäude kontrolliert werden sollen, dass die Sicherheit gewährleistet werden muss. All dies sei mit sinkendem Personalbestand nicht möglich. ■

Für Schnellentschlossene bis 31.1.: € 60,- Startguthaben

Sondertarife für Beschäftigte im öffentlichen Dienst und deren Angehörige!

Gespräche unter 10 Sekunden **KOSTENLOS!**

+ 6 Monate keine Grundgebühr¹⁾

+ 1000 Minuten FLAT-Option¹⁾

Am Wochenende für nur 5,- Euro tausend Minuten ins dt. Festnetz und netzintern telefonieren (nur In-Land).

+ 1200 Frei-SMS¹⁾ (in 24 Monaten)

+ Keine Anschlußgebühr¹⁾

Sonyericsson
K750i



0,-

Samsung
D600



0,-

Nokia
6270 neu



0,-

Siemens
S75 neu



0,-



für alle dbb-Angehörige

Hotline: 07161 / 964 100
Mo - Fr von 8-12 Uhr und 13-16 Uhr

DPOIG Service GmbH
Maybachstr. 19, 73037 Göppingen

T-Mobile e-plus

Internet, Druckfehler und Änderungen vorbehalten

www.dpolg-service.de

zurück per
Fax: 07161/96410-40 oder -41

Bitte senden Sie mir die Unterlagen für folgenden DPOIG-Sondertarif zu:

D1 D2 e-plus D2 Portation/Rufnummernmitnahme

Name, Vorname:

eMail:

Straße:

PLZ, Ort:

Fusion von Finanzämtern in Thüringen von zweifelhaftem Wert

Im Finanzministerium in Thüringen wurde als neuer Staatssekretär Dr. Rainer Spaeth berufen. Spaeth war bisher in verschiedenen Funktionen im Bereich des Thüringischen Finanzministeriums tätig und wurde zum 1. August in sein neues Amt berufen. Spaeth kennt also die Steuer- und Finanzverwaltung und weiß ihre Probleme. Dies zeigte sich in einem ersten Gespräch, das der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek gemeinsam mit der Landesvorsitzenden Regina Biertümpfel mit ihm im Finanzministerium in Erfurt führte. An diesem Gespräch nahmen von Seiten des Finanzministeriums teil: Bruno Martin, i. V. für den Zentralabteilungsleiter des TFM Hans-Karl Rippel, Susanne Köhler, Personalreferentin des TFM, Karin Sachse, Referentin für Arbeits-, Sozial- und Tarifrecht.

Einen breiten Rahmen nahm bei der Besprechung die Behör-

denstrukturreform in Thüringen ein. Acht Finanzämter sollen geschlossen und mit Nachbarfinanzämtern zusammengefügt werden. Die DSTG-Vertreter machten deutlich, dass diese Maßnahmen teilweise auf Unverständnis bei den Beschäftigten stoßen. Dies liege daran, dass den betroffenen Kolleginnen und Kollegen nicht ausreichend klar gemacht worden ist, warum die entsprechende Maßnahme erfolgt ist und nicht begründet wurde, warum die Entscheidungen so getroffen wurden.

Spaeth erläuterte den DSTG-Vertretern die einzelnen Maßnahmen und stellte dar, weshalb die 8 Finanzämter aufgelöst werden. Es geht letztlich darum, eine ausgeglichene Behördenstruktur im ganzen Land sicherzustellen, die Verwaltung zu straffen und somit Ressourcen einzusparen. Er sicherte zu, dass

den betroffenen Beschäftigten noch offene Fragen beantwortet werden und dass die Verschmelzung sozial gestaltet werde.

Besprochen wurden die steuerpolitischen Vorhaben der Koalitionsregierung in Berlin. Aus allem, was bekannt ist, wird sichtbar, dass teilweise Mehrarbeit auf die Steuerverwaltung zukommt. Einzelne Detailfragen wurden erörtert und die Haltung des Landes Thüringen erkundet. In den Koalitionsvereinbarungen ist festgeschrieben, dass die Zuständigkeit für Dienstrecht und Besoldung der Beamten auf die Länder übergehe. Dies stehe im Gegensatz zu dem, was Ministerpräsident Althaus bisher in verschiedenen Veranstaltungen vertrat. Auf die Frage der DSTG-Vertreter, ob hier das Land Thüringen seine Meinung geändert habe, stellte Staatssekretär Spaeth klar, dass das Land Thüringen nach wie



> Finanzstaatssekretär Dr. Rainer Spaeth

vor nichts davon halte, diese Zuständigkeiten auf die Länder zu übertragen. Ministerpräsident Althaus habe seine Meinung bzw. die der Thüringischen Landesregierung nicht geändert.

Besprochen wurde auch die ins Haus stehende Neugliederung der OFD-Erfurt, die in ein Landesamt umgewandelt wird und bei der die Hierarchien verschlankt werden sollen.

Das Gespräch fand in offener und freundlicher Atmosphäre statt. Die DSTG-Vertreter hatten den Eindruck, dass Dr. Spaeth im Dialog mit der DSTG und dem Hauptpersonalrat auftretende Schwierigkeiten lösen will. ■

Planspiele favorisieren Systemwechsel bei Umsatzsteuer

Die Umsatzsteuer gehört in Deutschland zu den betrugsanfälligsten Steuerarten. Seit mehreren Jahren sinkt das Aufkommen der Umsatzsteuer trotz einer positiven Verlaufsrate des zugrunde liegenden Bruttozialproduktes. Hauptursache hierfür ist die bedrohlich wachsende Umsatzsteuerhinterziehung, deren Volumen die DSTG auf 18–20 Mrd. Euro jährlich schätzt. Der Umsatzsteuerbetrug verspricht – im Vergleich zu einem Banküberfall – höhere und schnellere Erträge und die Wahrscheinlichkeit der Aufdeckung sowie die Höhe der möglichen Strafen liegen um ein Vielfaches unter dem Risiko eines Bankräubers. Der Gesetzgeber hat das Problem erkannt

und gehandelt – die bisherigen Maßnahmen zeigten jedoch nur begrenzten Erfolg.

Um der Umsatzsteuerkriminalität den Kampf anzusagen, hat das Bundesministerium der Finanzen bei einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zwei Planspiele in Auftrag gegeben, die die Modelle des Reverse-Charge-Systems mit einem Kontrollverfahren des so genannten R-Checks und die generelle Ist-Versteuerung mit dem Kontrollverfahren des so genannten Cross-Checks auf ihre Praxistauglichkeit hin untersuchen sollten. Beide Verfahren wurde von Mitte 2004 bis Mitte 2005 auf ihre Funktionsfähigkeit in der Praxis, ihre Wirksamkeit

bei der Betrugsbekämpfung und auf ihre Wirtschaftlichkeit hin untersucht. Dabei wurden dieselben Untersuchungsmethoden angewandt, sodass auf Grundlage der Ergebnisse ein Modellvergleich erarbeitet werden konnte.

Die Ergebnisse dieser Planspiele liegen nunmehr vor. Sie zeigen, dass beide Umsatzsteuersysteme zur Bekämpfung der bekannten Betrugsformen – insbesondere des so genannten Karussellbetruges – tatsächlich gut geeignet sind. Weiterhin können mit Hilfe eines Systemwechsels die Ausfälle bei der Umsatzsteuer durch Insolvenzen deutlich eingedämmt werden.

Kompetenz in Sachen Steuerrecht und Rechnungswesen



Katharinenstr. 18
70182 Stuttgart
Tel.: 0711 2158-0
Fax: 0711 2158-122

Seminare für Azubis zum/zur Steuerfachangestellten (1 Woche)	1. Ausbildungsjahr 2. Ausbildungsjahr 3. Ausbildungsjahr	Osterferien Herbstferien Faschingswoche
Steuerrechtsseminar	berufsbegleitend	ab Oktober
Vorbereitungslehrgänge SteuerberaterIn	Paukkurs Teilzeit	April September

Mündliche Prüfungssimulation ab Januar
■ Freecall 0800 00 222 11

E-Mail info-s@fbd-bildungspark.de . www.fbd-bildungspark.de

Schwerwiegender Nachteil des Modells der generellen Ist-Versteuerung mit Cross-Check wären einmalige Steuerausfälle in Höhe von 21 Mrd. Euro im ersten Jahr der Umstellung infolge von Übergangseffekten.

► Regierung will Reverse-Charge-Verfahren

Die Regierungsparteien haben sich in ihrem Koalitionsvertrag vom 11. November 2005 zum Ziel gesetzt, mit der Einführung des Reverse-Charge-Verfahrens erfolgversprechend den Umsatzsteuerbetrug zu bekämpfen. Reverse-Charge bedeutet, dass ein Großteil der Warenlieferungen zwischen Unternehmen von der Umsatzsteuer befreit wird. Die Steuer müsste grundsätzlich – bei einer Umsatzsumme von 5.000 Euro an aufwärts – nur noch vom Endabnehmer entrichtet werden. Die Unternehmen hätten dann keine Möglichkeiten mehr, die Vorsteuer zurückzufordern, die sie für die erhaltenen Waren bezahlt haben. Auch die Finanzminister von Bund und Ländern geben dem Reverse-Charge-Modell mit R-Check den Vorzug.

► Funktionierendes Kontrollsystem notwendig

Das Planspiel kam zum Ergebnis, dass ein Reverse-Charge-System ohne ein Kontrollverfahren das Risiko unkalkulierbarer Steuerausfälle birgt. Notwendig ist ein Kontrollverfahren, welches ein Verfahren zur Vergabe- und Online-Abfrage von Berechtigungen zur Teilnahme am Reverse-Charge-Verfahren, die Einführung der Pflicht der Unternehmen zur Abgabe so genannter Einzelumsatzmeldungen, ein System zum elektronischen Abgleich der

Einzelumsatzmeldungen mit Umsatzsteuervoranmeldungen von Unternehmen sowie ein bundesweites effizientes Risikomanagementsystem umfasst.

► Neues Umsatzsteuersystem erfordert strukturelle Änderungen in der Finanzverwaltung

Der Wechsel auf ein neues Umsatzsteuersystem erfordert neben den EU-rechtlichen Voraussetzungen auch erhebliche strukturelle Änderungen in den Steuerverwaltungen der Länder. Neben der Schaffung von bundesweit 700 zusätzlichen Stellen müssten die EDV-Systeme angeglichen und einheitliche Eckpunkte für ein bundesweit geltendes Risikomanagementsystem erarbeitet werden.

► EU-Kommission hat erhebliche Vorbehalte

Weil ein Wechsel vom Umsatzsteuersystem der Nettoalphasenumsatzsteuer hin zum Reverse-Charge-Modell gegen EU-Recht verstößt, bemüht sich die Politik darum, die europarechtlichen Voraussetzungen für eine Systemumstellung zu schaffen.

Zu den Ergebnissen der Planspiele hat das Bundesministerium der Finanzen neben weiteren an der Steuerrechtspflege beteiligten Verbände und Organisationen auch die Deutsche Steuer-Gewerkschaft zu einer Anhörung Ende Februar geladen. Über die Ergebnisse der Anhörung werden wir in der nächsten Ausgabe des DSTG-Magazins berichten.

Die zusammenfassenden Ergebnisse der beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sind im Internet veröffentlicht und können unter: www.pspmuc.de/studien/studien.php herunter geladen werden. ■

Mehr Leistung für die Steuererklärung am PC



Steuern sparen will jeder. Geld zurück vom Staat ebenfalls. Aber wie stellt man das am besten an? Ganz einfach: mit dem PC. Sie schreiben ja schließlich Ihre Briefe auch nicht mehr an der Schreibmaschine.

Mit **tax2006** ist die Steuererklärung am PC ein Kinderspiel. Der verbesserte Interview-Modus führt Sie sicher durch alle Fragen. Sie lassen nichts aus und kommen auf direktem Weg zum Ziel: der perfekten Steuererklärung, die Ihnen ein Maximum an Rückerstattung - oder auch ein Minimum an Nachzahlung - bringt.

Der sichere Weg zur Steuererklärung 2005

tax2006 Professional



Speziell Unternehmer, Selbstständige, Freiberufler, Gewerbetreibende und Ich-AGs brauchen mehr als eine reine Einkommensteuer-Software.

- **Komplette Einnahmenüberschussrechnung**
- **automatische Befüllung der Anlage EÜR**
- **Umsatzsteuer-Voranmeldung**
- **Umsatzsteuer-Erklärung**
- **Gewerbesteuer-Erklärung**
- **Lohnsteuer-Anmeldung**

Überall im Handel und Buchhandel verfügbar! Oder direkt bestellen:

Online-Shop: www.buhl.de Fax 0180/53 54 57 33 (€ 0,12/Min.)
Tel 0180/53 54 55 1 (€ 0,12/Min.)



Bei Steuerberatungskosten Prüfungsaufwand vermeiden



Eine öffentliche Anhörung zu den Gesetzentwürfen „zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm“, „zur Beschränkung der Verlustverrechnung“ sowie „zur Abschaffung der Eigenheimzulage“ der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD fand am 8. Dezember 2005 im Deutschen Bundestag statt.

Von dem neuen Vorsitzenden des Finanzausschusses Eduard Oswald, MdB, waren 20 Sachverständige, darunter DSTG-Chef Dieter Ondracek, geladen.

Zu dem Vorhaben der Abschaffung der Eigenheimzulage fragte die SPD-Abgeordnete Ingrid Arndt-Brauer den DSTG-Vorsitzenden nach der Position der DSTG. Ondracek stimmte der Definition der Eigenheimzulage als einer Subvention zu. Er anerkannte, dass bei den haushaltspolitischen Zwängen die Überprüfung angemessen sei. Grund für die Wohnungsbauförderung war die schlechte Versorgung mit Wohnraum. Die Ausstattung auf diesem Sektor habe sich zwischenzeitlich verbessert. Insoweit sei dieser Grund weggefallen. Er gab jedoch zu bedenken, dass die Schwellenhaushalte, hier vor allem Haushalte mit Kindern, künftig kaum in der Lage sein werden, privates Wohneigentum zu bilden. Die im Koalitionsvertrag angekündigte Mehrwertsteuererhöhung ab 1. Januar 2007 werde das Bauen verteuern und junge Familien mit Kindern deutlich belasten. Nach der Gesetzesbegründung solle die Förderung des Wohnungseigentums in das Projekt der geförderten Altersversorgung einbezogen werden. Hier weise die DSTG schon heute darauf hin, dass dann Schwierigkeiten mit der

nachgelagerten Besteuerung entstehen. Besser wäre nach Ansicht der DSTG, die Förderung neu zu strukturieren und auf junge Familien mit Kindern zu konzentrieren.

Zur Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen befragte die SPD-Abgeordnete Gabriele Frechen den DSTG-Bundesvorsitzenden. Ondracek vertrat für die DSTG die Position, dass die Einschränkung der Verlustverrechnungsmöglichkeiten bei reinen Steuersparmodellen richtig und längst überfällig sei. Die Verlustverrechnungsmöglichkeiten riefen Steuersparakrobaten auf den Plan, bei denen das Ziel vorherrsche, die Steuerbelastung in Folge hoher Zuweisung von Verlusten zu reduzieren. Vielfach handelt es sich um betriebswirtschaftlich wenig sinnvolle Investitionen. Zur Vermeidung von unnötigen Streitigkeiten sollte der Stichtag, ab dem diese Möglichkeiten nicht mehr bestehen, nicht wie vorgesehen auf den 10. November sondern auf das Datum des Kabinettsbeschlusses, dem 24. November des Jahres 2005 festgelegt werden. Die Streitanzahl der Einschränkung der Verlustverrechnungsmöglichkeiten würde damit reduziert.

Zum Sofortprogramm fragte die Bundestagsabgeordnete Kerstin Andrae vom Bündnis 90/DIE GRÜNEN den DSTG-Vorsitzenden nach der Wirkung der Abschaffung des Abzugs von Steuerberatungskosten als Sonderausgaben. Hier vertrat der DSTG-Vorsitzende die Auffassung, dass zwar im Grundsatz das Streichen von Ausnahmetatbeständen eine steuerliche Vereinfachung dar-

stelle, in diesem konkreten Fall sei aber die Wirkung genau umgekehrt. Wenn bisher die Steuerberatungskosten entweder als Sonderausgaben, Werbungskosten oder Betriebsausgaben abziehbar waren und somit die Frage einer Aufteilung sich kaum stellte, würde dies künftig anders. Die Steuerberater werden ihre Rechnungen aufteilen. Alle Anteile, die den Werbungskosten und Betriebsausgaben zuzuordnen sind, werden dort abgezogen. Als Sonderausgaben übrig bliebe der Anteil für das Erstellen des Mantelbogens der Einkommensteuererklärung und der Anlage K. Bei allen anderen Anlagen, die gegebenenfalls erstellt werden müssen, ist der Abzug entweder als Werbungskosten oder Betriebsausgabe zwingend. Für die Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern entsteht ein neuer Prüfungsauf-

wand, ob hier richtig aufgeteilt wurde. Betroffen werden in aller Regel die kleinen Einkommensbezieher sein, die Rentner oder Arbeitnehmer, die außergewöhnliche Belastungen und Sonderausgaben geltend machen. Bei diesem Teil der Steuerbürger bestehe auch die Gefahr, dass diese künftig ohne Steuerberater versuchen, ihre Rückerstattungen beim Finanzamt geltend zu machen. Dies bedeute für die Steuerverwaltung einen spürbaren Mehraufwand, weil nicht vollständig ausgefüllte Steuererklärungen oder „Beratungsgespräche“ zeitaufwendig sind. Die personell knapp bemessene Steuerverwaltung kann aber keine Mehrarbeit gebrauchen. Da der Einspareffekt aufgrund der Gestaltungsmöglichkeit „relativ“ gering sein wird, sollte der Abzug der Steuerberatungskosten beibehalten werden. ■

Lehrgänge zum Steuerberater

Samstagslehrgang*	ab 20.5.2006
Dreimonatskurs*	5.6. – 25.8.2006
Crash-Kurs*	28.8. – 22.9.2006
Fernlehrgang*	ca. 1 Jahr
Klausurenkurs	1.4. – 15.9.2006

*inklusive Loseblattausgabe, Klausurenkurs, mündl. Vorbereitung

Begutachtet durch das Bundesinstitut für Berufsbildung. Zugelassen durch die Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht.

STEUER-LEHRGÄNGE
DR. STITZ

DEUTSCHE AKADEMIE
FÜR STEUERN,
RECHT & WIRTSCHAFT

40 Jahre
Erfahrung

Aktuelles Steuerrecht für Praktiker:

Aktuelles Einkommensteuerrecht	18.2.2006
Aktuelles Umsatzsteuerrecht	8.4.2006
Aktuelles Erbschaftsteuerrecht	29.4.2006

50476 Köln, Postfach 10 36 65
Tel.: (02 21) 4 20 56 20
Fax: (02 21) 4 20 56 11
E-Mail: steuer@stitz.de
Internet: www.stitz.de

Partner von
Abels/Kallwas/Stitz
Lehrgänge zum
WP/vBP
www.aks-online.de

> TAUSCHHECKE

- StOS'in (A 7) aus Hamburg sucht dringend aus familiären Gründen Tauschpartner nach NRW OFD Düsseldorf/Abt. Köln. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bitte melden unter 01 62/433 31 58 oder 0 26 25/95 42 06.
- Welcher A 9er aus NRW oder Niedersachsen möchte nach Baden-Württemberg wechseln? Auch Ringtausch möglich. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bitte meldet euch dringend unter der Tel. 0 73 91/50 82 30 oder 01 76/23 38 89 54.
- StI (A 9) aus Rheinland-Pfalz (OFD Koblenz) sucht Tauschpartner/in aus den Bundesländern Bremen (möglichst Stadt Bremen) oder Hamburg, auch Ringtausch. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bei Interesse meldet euch bitte beim DSTG-Magazin.
- Steueroberinspektor A 10 aus Sachsen (OFD Chemnitz) sucht Tauschpartner aus Hessen – auch im Ringtausch. Versetzungsantrag ist gestellt. Kontakt unter: 01 74 / 9 75 46 27.
- Steueramtfrau (A 11) aus Hessen sucht Tauschpartner aus Rheinland-Pfalz (A 11 oder A 10), auch Ringtausch. Tel. 0 69/24 45 28 47.
- Steueroberinspektorin (A 10) aus OFD Düsseldorf (FA Oberhausen-Nord) sucht dringend aus privaten Gründen einen Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD Münster, ggfs. Auch im Wege des Ringtausches. Ein Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bitte melden unter Tel. 01 71/2 66 88 04 oder 02 08/6 49 91 33 oder volker-depotalle@gelsennet.de
- StI'in aus Brandenburg (FA Finsterwalde) sucht aus familiären Gründen eine/n Tauschpartner/in aus Sachsen-Anhalt oder Niedersachsen. Bitte meldet euch unter 0 39 02/4 02 48 oder 520052449267-001@t-online.de
- Steueroberinspektor (A 10) aus Hessen (FA Offenbach-Stadt, OFD FF/M. sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner/in aus dem gehobenen Dienst (A 9–A 11) in Bayern (OFD München). Versetzungsantrag wurde gestellt. Ringtausch ist möglich. Tel. dienstl. 0 69/80 91 22 28 oder privat 0 61 88/9 14 10 35 und 01 79/5 22 15 67.
- StOS'in (A 7) aus Schleswig-Holstein (FinMin Kiel, FA Rendsburg) sucht Tauschpartner/in aus NRW. Auch Ringtausch! Bitte meldet euch dringend bei mir unter 01 77/6 35 23 58.
- Welcher A 9er aus Schleswig-Holstein oder Hamburg möchte nach NRW (OFD Münster)? Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bitte meldet euch dringend unter Tel. 01 73/2 54 66 31.
- Steueroberinspektorin aus Thüringen (FA Sondershausen) sucht Tauschpartner im Bereich Rheinland-Pfalz oder Saarland. Interessenten bitte melden: GritHeckel@aol.com, Tel. d. 0 36 34/36 33 47, p. 0 36 32/54 24 01.
- StI'in z. A. (A 9) aus Niedersachsen (OFD Hannover) sucht aus familiären Gründen dringen eine/n Tauschpartner/in aus Bayern, ggf. auch im Wege des Ringtausches. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bitte meldet euch bei mir unter 01 76/22 21 76 79 oder madelein609@aol.com
- Welcher A 9er (Steuerinspektor/in) aus Rheinland-Pfalz möchte nach NRW wechseln? Tel. 01 78/3 53 33 14.
- StAI Z aus NRW (OFD Münster) sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner aus Baden-Württemberg. Ggf. auch Ringtausch möglich. Versetzungsantrag wurde gestellt. Interessenten bitte melden: Tel.: d. 0 23 31/18 04 53 oder p. 01 75/7 08 53 41.
- StHS aus NRW (OFD Münster) sucht Tauschpartner aus der OFD Rheinland. Biete FA Dortmund-Ost, suche FA Moers, Krefeld, Kempen oder Duisburg. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bitte melden unter: 02 01/4 36 01 67.
- Finanzbeamter (A 11) aus dem EDV-Bereich sucht dringend einen Tauschpartner im Bereich Schleswig-Holstein oder Hamburg. Ringtausch möglich. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Tel. 01 73/5 92 77 32.
- StI'in (A 9) aus Baden-Württemberg (FA Stuttgart – Kö) sucht dringend Tauschpartner/in aus Thüringen oder Niedersachsen. Versetzungsantrag ist gestellt. Tel. 03 60 82/ 9 16 66.



- Über 50 Jahre Erfahrung
- erstklassige Dozenten
- hoher Lernerfolg
- eigenes, bewährtes Lehrmaterial

www.steuerfachschule.de

Die Spezial-Schule für Fort- und Weiterbildung
im Steuer-, Rechnungswesen & Controlling


STEUER-FACHSCHULE
DR. ENDRIS

STEUERBERATER

- Samstagslehrgänge:** 15 Monate ab Juni/Juli
Kombilehrgänge: Vollzeit und Samstag im Wechsel, April 2006 bis August 2007, Frankfurt, München
Intensivlehrgang: 4 Wochen, Kombikurs (Unterricht und Klausuren) ab September
Klausurentchnik: 6 Sonntage im Sommer
Vorbereitung mündliche Prüfung: 5 Tage, im Januar 2006
Lehrgangsorte: Dortmund, Frankfurt, Hannover, Köln, München
Vollzeitlehrgang: 13 Wochen, ab Mai 2006

JETZT GASTHÖRERSCHEIN ANFORDERN!

Weitere Lehrgänge und Seminare bundesweit

Bilanzbuchhalter, Bilanzbuchhaltung - international, Steuerfachwirt, Controller, IAS/IFRS/US-GAAP, SAP

STEUER-FACHSCHULE DR. ENDRIS Lichtstraße 45-49 · 50825 Köln
Tel. (0221) 93 64 42-799 · Fax (0221) 93 64 42-33
Ein Unternehmen der AMADEUS FIRE-Gruppe E-Mail: info@steuerfachschule.de